

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964 1922

159 (12.7.1922)

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Durlach.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- und Feiertage ausgenommen
Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich
monatlich 7 Mk., Postbezug monatlich 7 Mk. 50 Pfg., Einzelnummer
und Belegblatt 70 Pfg.



Die einseitige Beilage oder deren Raum 1 Mt., Reklamezeile
4 Mt. 50 Pfg. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nach-
mittags 4 Uhr, für dringliche Familien-Anzeigen am Erscheinungstag
1/2 Uhr vormittags. Kleine Anzeigen sind sofort zu bezahlen. Für
Blattverrichtungen und Tag der Ausgabe kann keine Gewähr über-
nommen werden. Im Fall höherer Gewalt hat der Bezahler keine
Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 159

Mittwoch, den 12. Juli 1922.

93. Jahrgang.

Tagespiegel.

Nach den neuesten Meldungen ist die Verknüpfung der Durlacher Nachrichten auf der Spur.

Grav Verheerung übte in einer Rede scharfe Kritik an der Politik der Reichsregierung.

In Island wurden 5 Eisenbahnbrücken in die Luft gesprengt. Der Bahnbetrieb zwischen Reykjavik ist unterbrochen.

Im amerikanischen Bergarbeiterstreik hat Harding den Grubenbesitzern und Bergarbeitern einen Vermittlungsvorschlag unterbreitet.

Hinter den Kulissen der Kleinen Entente.

Die Kleine Entente ist im Herbst 1920 aus einer Verständigung zwischen den Tschechen und Südslawen hervorgegangen. Ihr Zweck war, die Gebietsverteilung unter den österreichisch-ungarischen Nachfolgestaaten zu sichern, und sie richtete sich daher vor allem gegen Ungarn, von dem Serben und Tschechen Revangegeldes befürchteten. Auch Rumänien, das sich weite ehemals ungarische Gebiete angeeignet hat, schloß sich dieser Gruppe an. Der leitende Geist in ihr war Benesch, der durch die Vereinbarungen mit Belgrad und Rumänien sich in gewisser Hinsicht von der französischen Bevormundung freimachen wollte. Mit besonderem Mißtrauen verfolgte man in Prag die Annäherung Ungarns an Frankreich. Italien sah das Entstehen dieser Verständigung auch nicht ungern, denn es hoffte, über die Tschechoslowakei zu einem besseren Verhältnis zu den Südslawen zu gelangen und Frankreich im ehemaligen Österreich-Ungarn aus dem Sattel zu heben. In ihren Anfängen stand auch die Kleine Entente dem Gedanken des Anschlusses Österreichs an Deutschland nicht ablehnend gegenüber, hoffte man doch auf diese Weise die Rückkehr der Habsburger nach Wien unter allen Umständen zu verhindern. Aus der neuen Konstellation wußte aber Frankreich rasch Nutzen zu ziehen. Das tschechoslowakische Heer ist durchaus in der Hand französischer Instrukteure. Nach einer Anfrage deutscher Abgeordneter im Prager Parlament scheinen sogar zwischen Frankreich und den Tschechen weitgehende Abmachungen militärischer Natur zu bestehen, die eine Teilnahme der Tschechen an Sanktionen gegen Deutschland und ein Einschreiten bei der Unterdrückung ausländischer Bewegungen in Deutschland und den österreichisch-ungarischen Nachfolgestaaten vorsehen. Darunter wäre wohl eine Anschlußbewegung Österreichs zu verstehen, und es ist beachtenswert, daß diese Abmachungen in ihren Anfängen bereits auf das Ende des Jahres 1918 zurückgehen sollen. Für Frankreich war der Augenblick günstig, weil unter dem Grafen Sforza Italien eine selbständige Politik auf dem Gebiete der früheren Donaumonarchie nicht mehr trieb, sondern Anschluß an Frankreich suchte. So gelang es den Franzosen, die Kleine Entente in dem von ihr gewünschten Sinne zu beeinflussen. Das die Tschechen, die wirtschaftlich auf ein Zusammengehen mit Deutschland angewiesen sind, in ihrem nationalen Teil hochstehende Machtpläne verfolgen, ist bekannt, als ein dem Prager Ministerium des Äußeren nahestehender Schriftsteller, Hanuš Kuffler, eine Denkschrift des Ministers Benesch an die Pariser Friedenskonferenz veröffentlichte. Danach richtet sich das Augenmerk der Tschechen auf Wien, denn sie möchten diese Millionenstadt, die als Donauhafen wie als Bismittelpunkt die größte Bedeutung besitzt, in ihre Gewalt bekommen. Sogar an die Wenden der Lausitz denken die Tschechen. Da auch Polen diese Westslawen mit seiner Aufmerksamkeit zu beglücken gedenkt, wäre hier eine Wiederholung des Streites um Weßeln gegeben, falls derartige Phantasieren überhaupt ernsthafte Beachtung verdienen.

Frankreichs Bemühen war es, von der Dnieper bis zum Schwarzen Meer einen Schutzwall ihm ergebener Staatsgebilde zu errichten, die den Bolschewismus eindämmen, vor allem aber Deutschland wie Rußland an einer unmittelbaren Berührung verhindern sollen. Da Polen als östlicher Eckstein des russischen Bundesgenossen für Frankreich nicht ausreicht, zumal es seine Front zugleich gegen Rußland und Deutschland richten muß, so war die Kleine Entente in den Augen von Paris dazu bestimmt, einen weiteren Brückenkopf gegen Deutschland zu bilden, der von Böhmen aus besonders auch Bayern bedrohen könnte. Die Kleine Entente hatte wieder vor allem Interesse daran, in Ungarn keinen neuen Mittelpunkt entstehen zu lassen, der auf die losgelassenen Gebiete, wie auf das heutige Österreich Anziehungskraft ausüben vermöchte. Denn über die Berechtigung ihrer Westfront sind sich Rumänien, Südslawen und Tschechen innerlich doch nicht

so ganz sicher, wie sie das öffentlich behaupten. Durch Verträge zwischen Prag und Belgrad, zwischen Prag und Bukarest, sowie zwischen Bukarest und Belgrad haben sich die drei Staaten ihren gegenseitigen Beistand gewährleistet und sich für den Fall der Wiederkehr der Habsburger nach Budapest zu gemeinsamem Vorgehen verpflichtet. Nun ist die ungarische Armee ein Faktor, mit dem sehr ernstlich gerechnet werden muß. Frankreich lag daran, dieses Heer gegen die Bolschewisten zur Verfügung zu haben. Es hätte gern Ungarn mit in seine große Kombination aufgenommen. Vielleicht waren die verjüngten Staatsreiche Kaiser Karls, die von der Pariser Regierung amtlich mißbilligt, von französischen Militärkreisen aber gefördert wurden, darauf berechnet, eine solche Klärung herbeizuführen. Bislang ist das gegenseitige Mißtrauen zwischen Ungarn und der Kleinen Entente jedoch nicht überbrückt worden. Ferner arbeitete Frankreich stark an einer Annäherung Polens an die Kleine Entente. Zwischen Prag und Bukarest kam auch schließlich eine Militärkonvention zustande, verbindet beide Länder doch die gemeinsame Sorge vor Rußland, Bessarabien, das 1878 von den Rumänen den Russen gegen Überlassung der Dobrußka abgetreten wurde, bildet einen Pankapfel zwischen Moskau und Bukarest. Wiederholt kam Tschitscherin in Genua auf dieses Problem zu sprechen. Auch Prag und Warschau haben sich wirtschaftlich und politisch verständigt, nachdem die Tschechen britische Kapitalien heranzuziehen trachteten, während die wirtschaftliche Ausbeutung der Tschechoslowakei vorher eine Art französischer Monopols gewesen war. Durch eine Stabilisierung der Währung, die innere Kräfte, besonders Streiks hervorrief und die Exportfähigkeit der tschechischen Industrie in Frage stellt, hat sich Prag kreditfähig gemacht und daraufhin auch eine amerikanische Anleihe erhalten. Die Tschechen hielten sich denn auch in Genua übrigens ähnlich wie die Polen bei der Behandlung der russischen Angelegenheiten nicht abseits wie die Belgier und Franzosen. Aber sie konnten das umso unbedenklicher, als die Erfolglosigkeit der Genueser Verhandlung vorauszusehen war und die Beteiligung an der Haager Kommission schließlich unbedenklich ist. Interessant ist, daß auch in Rumänien ein heftiger Kampf der Meinungen entstand. Die mächtige Bauernpartei trat stark für Louis George ein und forderte ein Abtrüden von der bolschewistischen feindlichen Politik Frankreichs, wie sie die rumänischen Liberalen betrieben. Mit einem gewissen Unbehagen sieht die öffentliche Meinung Rumäniens auch das militärische Bündnis mit Polen an, weil sogar liberale Kreise fürchten, in gefährliche Abenteuer verwickelt zu werden. Innerhalb der Kleinen Entente selber bildet die Haltung gegenüber Rußland überhaupt den Grund weitgehender Meinungsverschiedenheiten. Rumänien fürchtet sich vor Bessarabien. Es nimmt an, daß jede russische Regierung, aller Erwägungen ungeachtet, an die Donaugrenze drängen wird. So ist es den Rumänen das liebste, daß Rußland möglichst schwach bleibt, ja, die französisch orientierten Elemente würden am liebsten die Ukraine ganz von Rußland trennen, unterstützen daher Petljura und andere bolschewistenfeindliche Bewegungen. Auch Polen hegt Besorgnisse um seine östliche Grenze, um die einmal mit einem verstärkten Rußland der Kampf entbrennen muß. Aber der russisch-polnisch-baltische Vertrag von Riga zeigt andererseits das Bestreben, mit den Sowjets auszukommen. In Südslawien beherbergt man Wangel mit den Trümmern seiner Armee. Daß er kurz vor Genua einen Vorstoß auf russisches Gebiet vorbereitete, wurde abgelehnt, dann hieß es, nach dem Waffenstillstand von Genua werde Wrangel aus Jugoslawien entfernt werden. Anstatt dessen hat er aufreizende Auftritte nach Bulgarien gerichtet, wo man die jüngsten Unruhen mit Wrangelschen Madenschäften in Zusammenhang bringt. Jedenfalls neigt man in Südslawien einer monarchischen Restauration in Rußland zu, will aber aus Gefühlen des slawischen Zusammenhalts aktiv auch gegen den Bolschewismus nichts unternehmen. Belgrad verfolgt auf dem Balkan wichtige politische Ziele, so die Auseinandersetzung mit Italien um die Adria, die auch nach der Einigung über Fiume und Lana als grundsätzlicher Gegenstand weitergehen muß. Es steht ferner jener bulgarischen Richtung nicht fern, die einen engeren Anschluß Bulgariens an den Südslawenstaat erstrebt, etwa in der Form einer Konföderation, wobei der Zar von Bulgarien zum südslawischen König in ein ähnliches Ver-

hältnis treten würde, wie die früheren Bundesfürsten zum deutschen Kaiser. Sodann bleibt der Drang nach Saloniki übrig.

Die Tschechen wieder verfolgen andere Ziele. Sie lehnen im Gegensatz zu ihren französischen Lehren jede russenfeindliche Politik ab. Kerenski ist zwar in Prag, aber das neueste russisch-tschechische Abkommen von Genua, das sich an frühere Vereinbarungen ähnlicher Natur anschließt, sieht die Neutralität beider Staaten bei kriegerischen Verwicklungen voraus. Dies könnte sich sowohl gegen Polen wie gegen Rumänien richten. Durch den Vertrag von Lana, der Österreich finanziell von Prag abhängig macht, ist weiterhin der erste Stein gelegt zu einer zunächst wirtschaftlichen Föderation der Donaufaaten unter tschechischer und französischer Führung. Bei den Feierlichkeiten, die mit der Vermählung König Alexanders von Südslawien mit der Prinzessin Marie von Rumänien verbunden sein werden, sollten die Abmachungen über die Kleine Entente dahin ausgebaut werden, daß die Einzelverträge zwischen Prag, Belgrad und Rumänien in eine auf längere Zeit berechnete förmliche Allianz umgewandelt werden. Nach der „Morning Post“ sollten sich zunächst nur die Tschechen und die Südslawen auf mehr als fünf Jahre binden wollen, Rumänien aber erst später beitreten. Wie dem auch sei, das Bündnis richtet sich zunächst nur gegen Ungarn und gegen den Anschluß Österreichs an Deutschland. Die französisch gerichtete „Morning Post“ empfiehlt Österreich bei dieser Gelegenheit ganz offen den Beitritt zur Kleinen Entente. In diesen Punkten sind die drei Regierungen einig, alle anderen Fragen, besonders das Verhältnis zu Rußland, bleiben ungeklärt, und ob die Haager Ausschüßverhandlungen stabile Verhältnisse schaffen werden, das muß erst die Zukunft entscheiden. (R. N.)

Deutscher Reichstag

Berlin, 10. Juli. Beginn der Sitzung 5.20 Uhr. Am Regierungstisch Reichsjustizminister Dr. Radbruch.

Die Interpellation Hergt (D.N.) betr. Aufruhr und Anarchismus im Lande Thüringen und die Interpellation Becker-Deffen (D.N.P.) über die Vorkommnisse in Darmstadt werden, wie der Regierungsvertreter mitteilt, in der üblichen Frist beantwortet werden.

Auf der Tagesordnung steht dann ein Antrag aller Parteien zwecks Erhöhung der Beiträge von Sozialrentnern. Die Erhöhung erfolgt bei den Renten zu Lasten der Versicherungsträger. Den neuen Höhe paßt der Entwurf neuer Lohnpreise mit neuen Feuerungsätzen an.

Abg. Hoff (S.) empfiehlt die Vorlage, die Klassen von A—M vorsteht und den Jahresarbeitsverdienst bis auf Mk. 72 000 umfaßt. Es handelt sich um schwer notleidende Kreise, die bisher noch nicht berücksichtigt wurden. Die Reichsstaatskasse ist nicht in der Lage, in Form neuer Steuern die Mittel für die Erhöhung aufzubringen. Deshalb ist die Erhöhung zu Lasten der Versicherungsträger noch der gangbarste Weg. Dr. Karsten (U.S.) hält die Vorlage für unzureichend.

Ministerialrat Dr. Rießer teilt mit, daß die Regierung vor zwei Tagen einen neuen Gesetzentwurf ausgearbeitet habe, der den vorliegenden überflüssig machen werde. Die vorgelegene Erhöhung trage der Indexziffer Rechnung.

Nach weiterer kurzer Aussprache gelangte der Antrag zur Annahme. Abg. Dr. Deermann (Bay. Volksp.) berichtete über einen Antrag des Bildungsausschusses, der Pflanzschulen für Junglehrer- und Lehrerinnen verlangt und der Auskunft erbittet, ob in einzelnen Ländern überfüllte Schulklassen mit mehr als 60 Kindern vorhanden sind.

Staatssekretär Schulz jagt Mißhilfe des Reiches zu, worauf der Antrag angenommen wird.

Es folgte die 2. Beratung des Republik-Schutzgesetzes. Abg. Dr. Bell (Z.) berichtet eingehend über die Verhandlungen des Rechtsausschusses, welcher der Ausweitung von ehemals landesherrlichen Familien nicht zugestimmt hat. Der Staatsgerichtshof soll sich aus zwei Mitgliedern des Reichsgerichts und fünf Bayernmitgliedern zusammensetzen. Der Redner erinnert am Schluß seiner Ausführungen an die Pflicht der Stunde, die einen ernsten und festen Entschluß erfordert.

Der bayerische Gesandte von Dreger gibt an, daß die außerordentliche Situation Ausnahmeverordnungen notwendig mache. Der Gesetzentwurf gehe aber zu weit. Es sei der bayerischen Regierung unmöglich, dem Entwurf in der vorliegenden Fassung zuzustimmen. Es würden Abänderungsanträge kommen, um deren Annahme er bittet. Es handle sich besonders um die Zusammenziehung des Staatsgerichtshofes. Würden die Anträge nicht angenommen, so würde das Gesetz für Bayern und die gegenwärtige bayerische Regierung untragbar sein.

Die Aussprache über das Gesetz zum Schutze der Republik wurde darauf abgebrochen. — Gegen die sofortige Verweisung des Gesetzentwurfes über die Pflichten der Beamten zum Schutze der Republik an den Rechtsausschuss erhebt Abg. Schiele (D.N.) Einspruch. Es wird also in eine Erörterung eingetreten.

Abg. Deslert (D.N.) erhebt scharfsten Einspruch gegen die Vorlage. Die Vorlage geht alsdann an den Ausschuß. Weiterberatung am Dienstag.

Auf der Tagesordnung steht die Weiterberatung des Gesetzentwurfes zum Schutze der Republik. Der sozialdemokr. Abg. Wiesel erklärt, daß seine Partei mit der Fassung des Entwurfes nicht ganz zufrieden sei. Er fragt, ob der von

